



## Die üblichen Verdächtigen

Anstatt erst einmal durchzuatmen und mit der Arbeit in der neuen Koalition zu beginnen, hat die SPD mal wieder nichts Besseres zu tun, als ihr Lieblingssteckenpferd zu Tode reiten zu wollen: Die Personaldebatte. Es ist denen beim Mitgliederentscheid unterlegenen Genossinnen und Genossen offenbar nicht möglich, die Mehrheitsentscheidung zu akzeptieren.

Da meldet sich mal wieder **Sawsan Chebli** zu Wort. Sie wird in der Berichterstattung stets als „SPD-Politikerin“ titulierte. In Wahrheit war sie Referentin der Senatsinnenverwaltung und in der Pressestelle des Auswärtigen Amtes tätig und darüber hinaus angestellte Staatssekretärin in der Senatskanzlei.

Mit der Erkenntnis: „Wir regieren seit knapp zwölf Jahren, leider mit kontinuierlichen Stimmenverlusten. Das kann nicht länger folgenlos bleiben.“, wird sie in der **Berliner Morgenpost** zitiert, die sich wiederum auf den **SPIEGEL** beruft, der Lieblingspostille von Chebli. Chebli fordert die beiden Landesvorsitzenden **Franziska Giffey** und **Raed Saleh** zum Rückzug vom Parteivorsitz auf. „Ich hielte es für sinnvoll und angemessen, wenn sich die bisherigen Vorsitzenden nun voll auf Regierungspolitik konzentrieren würden. Der nötige Neuaufbau der SPD kann nicht im Nebenjob erledigt werden.“, sagte sie dem **SPIEGEL**, der offenbar keine anderen Quellen in der Berliner SPD hat.

Lange haben wir auch nichts von **Mark Rackles**, dem grandios gescheiterten einstigen Bildungsstaatssekretär, gehört. Angeblich ist Rackles eine wichtige Stimme der Linken in der SPD. Auch er fordert personelle Veränderungen an der Parteispitze.

Unabhängig von der Bedeutung Cheblis und Rackles, die sich vor allem in den Medien widerspiegeln, hat die SPD ein Aufarbeitungsproblem. Denn nach der Wiederholungswahl mit den verheerenden Folgen für die SPD hat diese das Debakel bislang nicht aufgearbeitet. Der Reflexionskurs, die Aussprache im Stuhlkreis und die Evaluation des Geschehenen haben bislang nicht stattgefunden. Das wäre aber vermutlich kein so brennendes Thema, wenn sich nicht mit einer Zweidrittelmehrheit der Landesvorstand für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der CDU entschieden und statt eines Landesparteitages an diesem vorbei die Mitglieder befragt hätte. Bei einer Fortführung von Rot-Grün-Rot sähe es wohl anders aus. Der Schmerz der Genossinnen und Genossen über den Verlust ihrer Grünen und Linken Freunde muss unendlich groß sein.

Die alte Frage wirft Rackles wieder auf: Trennung von Amt und Mandat. „Neben **Franziska Giffey**, die nun Wirtschaftssenatorin ist, und dem Fraktionsvorsitzenden **Raed Saleh** gehören dem Geschäftsführenden Landesvorstand unter anderem auch die neue Arbeitssenatorin **Cansel Kiziltepe**, die neue Gesundheitssenatorin **Ina Czyborra** und Wirtschaftsstaatssekretär **Michael Biel** an.“, schreibt die **Berliner Morgenpost**.

In einem Punkt muss man Rackles allerdings recht geben, wenn er als „inakzeptabel“ die Konstruktion bezeichnet, dass „Biel als Landeskassierer die Finanzverantwortung und -kontrolle gegenüber Giffey als Landesvorsitzende der SPD habe, gleichzeitig aber als Staatssekretär in der von Giffey geführten Senatsverwaltung politisch und beruflich von ihr abhängig sei.“

Für SPD-Funktionäre und Journalisten ist der Pfingsturlaub im Eimer, denn am 26. Mai soll ein Parteitag stattfinden, wo viele eigentlich im Sonnenschein von Wismar an der Ostsee lieber ein Fischbrötchen essen würden. Was es im Tagungs-Hotel „nhow“, dem „Design-Klassiker inmitten der trendigen Szeneviertel von Friedrichshain/Kreuzberg“ und erstem Musikhotel Europas, zu essen gibt, wissen wir nicht.

Auf diesem Parteitag soll es nach dem Willen von Rackles um Personelles gehen, während Giffey über Inhaltliches sprechen will. Die reguläre Neuwahl der Parteispitze steht erst 2024 auf dem Programm. Die Jusos seien der Ansicht, berichtet die Morgenpost, „dass die SPD profitiert, wenn Spitzenparteiämter und Regierungsposten getrennt sind“. Damit kann wohl kaum die Bundesebene gemeint sein.

Tempelhof-Schönebergs SPD-Chef **Lars Rauchfuß** sprach im **rbb24-InfoRadio** von einer „Koalition der Vorstände“, die auf beiden Seiten der Parteien „nicht so richtig gewollt wird“. Immerhin haben 54,3 Prozent der SPD-Mitglieder, die sich am Votum beteiligt haben, und 100 Prozent der CDU-Parteitagsdelegierten für den Koalitionsvertrag gestimmt.

**Christian Gaebler**, Berlins neuer Stadtentwicklungs- und Bausenator, und erfahrener SPD-Politiker, wird in der Morgenpost zur Führungskrise in der SPD wie folgt zitiert: „Alle die was wollen, können sich gerne zu Wort melden. Vielleicht sagen dann ja auch mal ein paar Leute, sie würden es gerne selber machen.“ Die Heckenschützen hatten am 27. April ihren Auftritt. Nun könnten sie sich mal selbst „in the line of fire“ stellen.

**Ed Koch**